

Interpellation

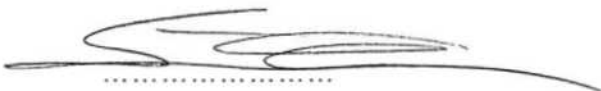
Kantonale Unterstützung für einen Naturpark in Uri

Für eine zukunftsfähige Regionalentwicklung der schweizerischen Gemeinden und Regionen sollen in den kommenden Jahren neue effiziente Instrumente in der Form von Nationalparks, regionalen Naturparks und Naturerlebnisparks entstehen. Um diese Entwicklung zu unterstützen, haben die Eidgenössischen Räte im Rahmen der Revision des Natur- und Heimatschutzgesetzes in der vergangenen Wintersession beschlossen, dass sich der Bund aktiv an den Kosten der Realisierung eines Parks beteiligen soll. Aufgrund bereits vorliegender Projekte zeichnet sich ab, dass das Potential für eine nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum durch Schaffung von regionalen Landschaftsparks in verschiedenen Regionen erkannt worden ist. Auch im Kanton Uri haben sich inzwischen mehrere Gemeinden zusammengeschlossen, um die vorhandenen Naturschönheiten und die Vielfalt der Landschaft im Kontakt mit der Bevölkerung gezielt und zukunftsweisend zu nutzen. Für eine optimale Vorbereitung der verschiedenen Projekte und die dafür notwendigen umfangreichen Abklärungen ist aus unserer Sicht unabdingbar, dass die Gemeinden auf die Unterstützung durch den Kanton zählen können.

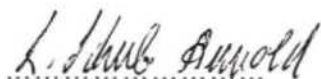
Gestützt auf Artikel 84 der Geschäftsordnung des Urner Landrates wird der Regierungsrat in diesem Zusammenhang um die Beantwortung der folgenden Fragen ersucht:

1. Teilt der Regierungsrat auch heute noch die Meinung, dass Uri dank eines Parkprojektes imagemässig in hohem Masse profitieren könnte?
2. Teilt der Regierungsrat die Überzeugung, dass die Wertschöpfung vor allem für den Tourismus, die Landwirtschaft und fürs Kleingewerbe – drei für Uri zentrale Bereiche – mit einem Park-Label erhöht werden kann?
3. Ist der Regierungsrat bereit, Gemeinden in der Öffentlichkeitsarbeit, vor allem aber fachlich und finanziell zu unterstützen, falls sie auf ihrem Gebiet - gemeinsam oder allein - einen Park (Natur- oder Nationalpark) realisieren wollen?
4. Kennt der Regierungsrat einen Zeithorizont, bis ein Projekt vorliegen müsste, damit Uri – im Konkurrenzkampf mit andern Kantonen – von allfälligen Bundesgeldern profitieren könnte?

Wir danken dem Regierungsrat für die Beantwortung der Fragen.



Philipp Sicher
Erstunterzeichner



Luzia Schuler-Arnold
Zweitunterzeichnerin

Begründung

In den Jahren 2002/2003 wurde im Rahmen einer Machbarkeitsstudie die Auswirkungen eines Nationalparks in Uri auf verschiedene Bereiche (Wirtschaft, Bevölkerung, Land- und Forstwirtschaft, Jagd, Strahlerei usw.) und generell auf die Entwicklung der strukturschwache Bergregion untersucht.

Aufgrund der vorwiegend negativen Reaktion der betroffenen Bevölkerung ist die Regierung des Kantons Uri zum Schluss gekommen, dass eine Weiterverfolgung des Nationalparkprojektes zur Zeit als nicht sinnvoll erachtet wird.

Es geht heute nicht darum, die Machbarkeitsstudie neu aufleben zu lassen, vielmehr geht es ums Nutzen einer nicht zu unterschätzenden Chance für unseren Kanton, vor allem für unsere Berggebiete.

Verschiedene Gemeinden von Isenthal bis Göschenen haben ihr Interesse signalisiert, als Alternative zu einem Nationalpark die Machbarkeit eines Regionalen Landschaftsparks auf ihrem Gemeindegebiet nochmals zu prüfen. Sie haben sich zu Beginn dieses Jahres zu einer Arbeitsgruppe zusammengeschlossen. Mit der Präsentation des Projektes „Urirotstock-Arena“ im Isenthal wurde in der Öffentlichkeit das Startsignal gegeben und die Zusammenarbeit dieser Gemeinden erstmals bekannt gemacht.

Mit ihrem gemeinsamen Vorgehen erfüllen diese meist finanzschwachen Gemeinden auch die im Regierungsprogramm klar geäußerte Forderung nach verstärkter Zusammenarbeit. Das initiativ Vorgehen dieser Gemeinden ist nicht nur lobenswert, es verdient auch Unterstützung von kantonaler Ebene, denn eine umfangreiche Erarbeitung und Beurteilung der volkswirtschaftlichen Aspekte eines Parkprojektes übersteigt die Möglichkeiten der beteiligten Gemeinden sowohl in finanzieller wie auch in fachtechnischer Hinsicht bei Weitem.

Wir danken Ihnen für die Unterstützung unserer Interpellation.